

## **Gegenkommentar zum Artikel in T-online.Nachrichten**

„Geld für alle. Warum das bedingungslose Grundeinkommen Humbug ist.“  
Meinung von Ursula Weidenfeld (T-online.de, 25.08.20)

Vorgestellt wird Ursula Weidenfeld als Wirtschaftsjournalistin, was erstaunt. Denn wer gleich mit dermaßen schnoddrigen Worthülsen daherkommt, um eine fortschrittliche Idee schnell kaputt zu reden, der kann ja eigentlich kein Berufsethos besitzen. „Geld fürs Nichtstun“ (t-online, 25.08.20), lautet denn auch so ein Schlagwort, das Frau Weidenfeld gebraucht. Daher muss man sich fragen, ob sie ihrer Arbeit als Wirtschafts-Journalistin überhaupt gerecht wird – oder ob sie „Geld fürs Nichtstun“ eben mal selbst kurz einstreicht?

Jede, die auch ‚nur nicht viel weiß‘, weiß in der Regel aber, dass das „Bedingungslose Grundeinkommen“ nicht den Sinn und Zweck hat, die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung der BRD in den „Ruhestand“ zu schicken. Und wenn „man“ das weiß, weiß Frau eigentlich noch nicht sehr viel über das wohl revolutionärste Sozialkonzept der Gegenwart: Das Bedingungslose Grundeinkommen!

Immerhin weiß Frau Weidenfeld auch etwas, das sie in ihrem ca. drei Din-A4-seitigen Kommentar allerdings sehr gut in einem sehr kurzen Satz versteckt:

„Es ist gut, dass es eine neue Studie zum bedingungslosen Grundeinkommen gibt [sic!], die hoffentlich ein paar zusätzliche Einsichten bringt [sic!]. Denn bevor man einem so gewaltigen Umbau des Sozialsystems das Wort redet, sollte man wissen, worauf man sich einlässt“ (T-online, ebd.), meint Frau Weidenfeld hier.

Immerhin, die Studie, auf die sich Frau Weidenfeld beruft, ist die zur Zeit anlaufende und häufig diskutierte Langzeitstudie eines privaten Vereins „Mein Grundeinkommen“, der in Kooperation mit dem „Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung“ dem zunächst schlichten Ziel nachgeht, zu erforschen, was die Auszahlung von 1200€ monatlich über drei Jahre mit den Empfänger/innen macht. (vgl. Mein-Grundeinkommen.de)

In nur ein paar Tagen haben sich mittlerweile „1,5 Millionen Bewerber“ (T-online, ebd.) gemeldet, wie auch Frau Weidenfeld neidlos zu berichten weiß.

Allerdings bekommt sie diesen großartigen Andrang wohl etwas in den falschen Hals, wenn sie nicht umhin kann über die Bewerber/innen zu spötteln:

„Doch wer würde sich nicht bücken, wenn er die Chance auf einen Lottogewinn von 43.200 Euro hätte?“ (t-online, ebd.)

Der Vergleich zwischen einem „Lottogewinn“ und der möglichen „Auslosung“, an der Studie als Proband mit einem dreijährigen Grundeinkommen teilnehmen zu können, „hinkt“ natürlich. Ebenso wie die Metapher des „sich bückens“, wenn andere sich einen „Krummen Buckel“ ab malochen müssen für ihr täglich Brot.

Ich vermute, das weiß auch Frau Weidenfeld! Dennoch gebraucht sie diese Vergleiche, um das Projekt insgesamt auch verbal zu diskreditieren. So wie alle Anbieter von Lotterien dazu verpflichtet sind, auf das gefährdende Suchtpotential nicht nur als Wirkung auf Minderjährige hinzuweisen, sondern alle Teilnehmer/innen vorab vor „Glücksspielen“ im Allgemeinen warnen müssen, so sieht Frau Weidenfeld im Bedingungslosen Grundeinkommen ein ungeahntes politisches Gefahrenpotential.

Worin soll aber die „Gefahr“ einer wissenschaftlichen Langzeitstudie liegen?

Nun, es könnte ja sein, dass am Ende der Studie Ergebnisse zu Tage kommen, die politisch opportun sind. – Und tatsächlich hat Frau Weidenfeld diese Befürchtung nicht nur in ihrem Kopf, wenn sie am Ende ihres Kommentars zusammen mit dem Kanzlerkandidaten der SPD, Olaf Scholz, meint feststellen zu müssen,

„(...) wie die politische Debatte laufen wird, wenn die Forschungsergebnisse freundlich ausfallen sollten: Das bedingungslose Grundeinkommen wird in die Schublade gesteckt, die die SPD im Vorwahlkampf gerade verzweifelt zuschiebt (...)“ (t-online, ebd.).

SO wird es wohl kommen, ließe man die SPD politisch Schalten und Walten! – Doch statt sich über dieses abgekartete Spielchen der SPD zu empören, empört sich Frau Weidenfeld über diejenigen, die sich „bücken“ (t-online, ebd.), um ihr ansonsten gesellschaftlich verweigertes „Glück“ und „Wohl“ mit Händen zu greifen, da sie z.B. entweder tatsächlich zu den wirtschaftlich benachteiligten Menschen mit nur geringen Einkommen zählen, oder zu denjenigen, die z.B., unabhängig von ihrem individuellen Einkommen, tatsächlich etwas für gerechtere Lebensbedingungen auch und gerade für viele andere Menschen in der BRD, der EU und weltweit tun wollen. – Ein Verständnis, das Frau Weidenfeld erstaunlicherweise vollkommen zu fehlen scheint.

Denn Frau Weidenfeld hat größeres Mitleid für diejenigen Menschen, die sie geradezu auch bedauert, weil sie meint, es gäbe Menschen, die eine Summe von „43.200 Euro“ Glücksgewinn für „andere“ aufbringen müssten. Dies suggeriert Frau Weidenfeld zumindest, wenn sie unmittelbar an ihren oben zitierten Satz vom „Lottogewinn“, für den sich jeder „bücken würde“, anschließt, mit der Feststellung:

„Anders sieht es aus, wenn man die Summe für einen anderen aufbringen soll. Das ist das Kernproblem (...)“ (T-online, ebd.).

Recht hat Frau Weidenfeld, wenn sie die Finanzierung des Bedingungslosen Grundeinkommens im Blick hat. Zu dieser Frage gibt es lediglich eine einzige aussagekräftige Modellrechnung von der Partei Die Linke aus dem Jahr 2017. In der Broschüre: „Unser Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens. Finanzierbar. Emanzipatorisch. Gemeinwohlfördernd“, Berlin, 5. Aufl., wird die Idee eines Bedingungslosen Grundeinkommens in zwei Varianten seriös durchgerechnet! – Darauf bezieht sich Frau Weidenfeld aber nicht. Im Gegenteil:

Sie personalisiert und individualisiert das gesellschaftliche Gesamteinkommen in der BRD zu einem einseitigen „Verdienst“, so als ob bei dem Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, „irgendjemand“ einem anderen Menschen „eine Summe von 43.200 Euro“ monatlich bereitstellen müsse, um ihn zu alimentieren (siehe: Hartz IV)! – wobei sie zudem auch noch unterstellt, dass dies keiner (!) wirklich wolle. –

Diese falsche Sichtweise auf die Hilfsbereitschaft ist selbst aber nur ein Ausdruck des blanken Neoliberalismus, den Olaf Scholz (SPD) zwar verbal bekämpfen will, aber indem er selbst als Finanzminister der GroKo nichts Entscheidendes zur Verbesserung der Sozialversicherungssysteme beigetragen hat (vgl. die klägliche Grundrentenreform der SPD!), daher auch selbst am grundlegenden Kapitalismus scheitert, ebenso wie Frau Weidenfeld dem nur schmallippig etwas entgegensetzen hat. Denn in Wirklichkeit hält sie das gesamte Projekt eines Bedingungslosen Grundeinkommens für eine bloße „Phantasie“ (t-online, ebd.), die zudem auch noch problembeladen ist. – Nichts wäre aber falscher als das.

Freilich soll die weiter oben schon erwähnte Langzeitstudie etwas darüber erforschen „wie sich ein Grundeinkommen auf das heutige Verständnis von Erwerbsarbeit, Unternehmertum, Sozialstaat oder Ruhestand (aus)wirken würde“ (t-online, ebd.), wie Frau Weidenfeld zwischenzeitlich richtig erfragt und feststellt.

„Am Ende wird man möglicherweise auch wissen, was Unternehmer, Erwerbstätige, Rentner, Familienmütter [sic!] mit dem Geld anfangen. Das wäre ein großer Fortschritt (...)“, weiß Frau Weidenfeld hier zu würdigen. Denn in Bezug auf andere Studien, wie in Finnland z.B., weiß man schon jetzt:

„Tatsächlich ging es den Leuten besser als denen, die das Grundeinkommen nicht erhielten“ (T-online, ebd.) –

Immerhin, möchte man meinen! Doch, wer mittlerweile auch mitbekommen hat, wie Frau Weidenfeld politisch „tickt“, wird an dieser Stelle einen verbalen Gegensatz vermissen, den Frau Weidenfeld tatsächlich an andere Stelle auch einbringt. Das tut sie jedoch nicht aus lauter Interesse an dem Projekt, sondern lediglich nur, weil ihr die kapitalistische Wirtschaftswirklichkeit „Antagonismen“ vorschreibt, denen sie dann logischerweise entspricht! Und so setzt sie ihr anfängliches Lob wie folgt mit einem Tadel widersprüchlich fort:

„Doch für den Arbeitsmarkt brachte die Sache kaum etwas“ (t-online, ebd.).

Missverständlicher kann die Auffassung eines Bedingungslosen Grundeinkommens gar nicht dargestellt werden, geht es dabei doch nicht darum, den kapitalistisch geprägten „Arbeitsmarkt“ zu stärken und zu optimieren im Sinne einer arbeitgeberfreundlichen „Grundstütze“ zum monatlichen „Niedriglohn“, sondern vielmehr darum, allen Menschen wirtschaftliche Freiräume zu ermöglichen, die in unserer bisherigen Arbeitswelt de facto nur „Vermögende“, oder Arbeitnehmer/innen mit hohen Beamtenbezügen oder Managergehältern sowie einige, glückliche Selbständige, zur Verfügung haben. – Verschiedene Intensionen unterscheiden zu können, zeugt in der Regel von Intelligenz.

So Schlussfolgert Frau Weidenfeld auch in Bezug auf die vermeintlichen „Leistungsträger“ (ebd.) in der Gesellschaft, die sie automatisch mit den zuvor genannten monetären Hocheinkommensglückspilzen gleichsetzt:

„Leider aber finden die Leistungsträger und Nettozahler einer Gesellschaft hohe Steuersätze nicht gerade motivierend. Für sie wären die 1.200 Euro, die sie im Gegenzug ja auch vom Staat erhalten, ein Witz: Denn sie müssten sie mit deutlich mehr Steuern bezahlen. Wahrscheinlich hätten sie dazu wenig Lust“ (T-Online, ebd.), urteilt Frau Weidenfeld an dieser Stelle - über ihre eigenen Gedanken!

Und das erstaunt. Meint Frau Weidenfeld etwa, den so genannten und „vermeintlichen“ „Leistungsträger/innen“ in unserer Gesellschaft fällt es „schwer“ ihre Steuern entsprechend zu zahlen? Glaubt sie eventuell gar, alle „Leistungsträger/innen“ hätten ein Postfach in Panama? Weshalb kommt Frau Weidenfeld überhaupt auf den Gedanken, zu behaupten, den (besonders leistungsfähigen) Steuerzahlern fiel es insgesamt „SO“ schwer, ihre fälligen Steuern zu bezahlen, so dass sie unterstellen muss: „Wahrscheinlich hätten sie dazu keine Lust“ (t-online. ebd.)!? – Wie bitte?

Aber damit nicht genug! Der Hammer in ihrer gesamten Gegenargumentation gegen das Bedingungslose Grundeinkommen kulminiert in dem unübertroffenen Gedankengang:

„Sie [die Leistungsträger/innen, J.V.] würden weniger arbeiten (...)“ (T-online, ebd.)! – Aber, Hallo!!!

Wer hätte das gedacht? „Leistungsträger/innen“, die weniger arbeiten wollen!? - Da stellt sich mir allerdings sofort die Frage, ob es diese „Leistungsträger/innen“ überhaupt je Wert waren „Leistungsträger/innen“ genannt zu werden, wenn sie lediglich eine schnöde von außen kommende Motivation haben, „Profite“ für sich zu machen – und ihnen daher jedwede intrinsische Motivation abgeht?

(Erinnert sei an dieser Stelle kurz daran, dass Karl Marx und Friedrich Engels etliche Jahre dafür

verwandt haben, eine bloße Polemik gegen die egoistische These von Max Stirner „Der Einzige und sein Eigentum“ aus dem Jahre 1844 zu schreiben. Offensichtlich bereitete ihnen Stirners unverblümete Position einige theoretische Schwierigkeiten.)

War aber nicht genau diese bloß egoistische Argumentation „das“ blödeste Gegenargument gegen das Bedingungslose Grundeinkommen, indem die journalistisch Gebildeten Lesungsträger/innen unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung schamlos behaupten, diejenigen, die ein Bedingungsloses Grundeinkommen bekommen würden (- und das sind letztlich ja alle!), wären „faule Nichtsteuer“, die – wie Frau Weidenfeld sich ausdrückt -: „Geld fürs Nichtstun“ (t-online, ebd.) bekämen? (Bekanntlich vermehrt sich das „Kapital“ völlig selbstlos und von selbst, wenn man es denn nur arbeiten lässt!)

Ja, diese Widersprüche in der Argumentation kann man kaum aushalten! Allerdings fallen sie auch nur dann auf, wenn man vor Augen hat, dass es die Antagonismen sind, die einer kapitalistischen Wirtschaftsweise permanent innewohnen – und erst dann zu Tage treten, wenn man ernsthaft zwischen sozialen Schichten unterscheidet, weil man nicht in der Lage ist, diese vorgegebenen gesellschaftlichen Spaltungen politisch zu überwinden. – Hier, in dem Text von Frau Weidenfeld, gelingt die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsspaltung nicht einmal „gedanklich“, geschweige denn wird sie zu einer „sozialistischen Realität“ politisiert, die „demokratisch“ zu nennen sein wird.

Der übergroße „Witz“, den Frau Weidenfeld ihren Leser/innen daher verkaufen will, hört sich am Ende so an:

„Leider aber finden die Leistungsträger und Nettozahler einer Gesellschaft hohe Steuersätze nicht gerade motivierend [sic!]. Für sie wären die 1.200 Euro, die sie im Gegenzug ja auch vom Staat bekämen, ein Witz [sic!]. Denn sie müssten sie mit deutlich mehr Steuern bezahlen. Wahrscheinlich hätten sie dazu wenig Lust [sic!]. Sie würden weniger arbeiten [sic!], die Steuerbasis würde schrumpfen, das Grundeinkommen wäre nicht finanzierbar [sic!]“ (T-online, ebd.).

Als Wirtschaftsjournalistin „naiver“ zu denken, geht (wohl) nicht mehr! - Einen solchen Zirkelschluss muss man sich erstmal ausdenken können! - Und da frage ich mich, ob Frau Weidenfeld noch nie etwas von einer „Progressivsteuer“ gehört hat? Ob sie sich noch nie Gedanken darüber gemacht hat, dass die derzeitige „Steuerprogression“ in der BRD, für die mitunter die Mehrheit der GroKo von SPD und CDU Verantwortung tragen, nicht besonders wohlwollend gegenüber einer kleinen Anzahl von „Großvermögenden“ ausfällt, weil sie etwas zu gering ausfällt! - Obwohl man mit dieser Stellschraube durchaus auch eine wesentlich bessere Sozialpolitik zustande brächte, drehte man nur ein wenig zu Gunsten der übergroßen Mehrheit der kleinen „Lohnabhängigen“ (- ganz ohne Vermögen, wohlmöglich auch ohne Arbeit, oder mit nur prekärer Beschäftigung in einem Niedriglohnbereich!).

Oder: Man denke an die sog. „Helden“ der Corona-Pandemiebekämpfung, an das Pflegepersonal, die Erzieher und andere systemrelevanten Arbeitnehmer/innen, etc.! –

Wo, bitteschön, frage ich, bleibt hier das fehlende „Motivationsproblem“ (t-online, ebd.), von dem Frau Weidenfeld behauptet, die Leistungsträger/innen hätten es, wenn sie „höher“ besteuert würden? Wer aber fragt schon nach der häufig ungenügend oder ganz unbezahlten Mehrarbeit der systemrelevanten Arbeitnehmer/innen?

Bekommen sie eigentlich überhaupt eine „gerechte“ Entlohnung für ihre Arbeit?

Der Konzern „Die Lufthansa“ schließt – laut Management (!) - betriebsbedingte Kündigungen (!) nicht aus, und dass, obwohl er mit 9,5 Milliarden Euro Steuermittel durchaus üppig bedacht wurde. - Geld, das überhaupt noch nicht erwirtschaftet wurde, aber vom Steuerzahler – und also von uns allen (und

nicht nur von den Superreichen!) – zurückgezahlt werden muss.  
Da fragt es sich doch: An „wen“ wird hier eigentlich zurückgezahlt?

Wird hier an „Leute“ oder „Institutionen“ zurückgezahlt, die es überhaupt nicht benötigen, könnte man zugespitzt fragen? Denn auch Frau Weidenfeld fragt ziemlich unbedarft:

„Wäre es richtig, einem Manager, einer Facharbeiterin, einem Chefarzt, einer Selbstständigen monatlich „Stütze“ zukommen zu lassen, die sie nicht brauchen – und bitte auch noch selbst finanzieren sollen?“ (t-online, ebd.) –

Hier wird die Finanzierung thematisiert und zugleich in Frage gestellt mit den Worten: „(...) bitte auch noch selbst finanzieren sollen?“ – Ja! Und ließe sich nicht mit der gleichen Frage die Finanzierung des Corona-Rettungspaketes, finanziert durch den Steuerzahler (!), ebenso in Frage stellen? Also: „(...) auch noch selbst finanzieren (...)?“ (t-online, ebd.) müssen?

Und wie sieht es hier eigentlich mit dem bloß hedonistischen Argument der „Lust“ (ebd.) aus, das Frau Weidenfeld anführt, um diejenigen zu entlasten, die per Steuerprogression aber besser dazuzahlen sollten, wenn ein Mindestmaß an Sozialstaatlichkeit auch in Zukunft gewahrt werden soll! Steuern zu zahlen ist nämlich keine Frage der „Lust“, sondern eine Frage in die Einsicht von sozial verantworteter Rechtsstaatlichkeit. – Max Stirner dächte hier allerdings völlig anders!

Und sicherlich gibt es auch nach der Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens leider noch Fälle, „die den Staat und die Sozialkassen heute mehr als 1.200 Euro im Monat kosten: Kinder, die schwer lernen und deshalb eine besondere pädagogische Betreuung benötigen. Jugendliche, die einen Heimplatz brauchen. Chronisch Kranke, die nur mit intensiver gesundheitlicher und sozialer Beratung am öffentlichen Leben teilnehmen können. Pflegebedürftige Senioren, deren Platz im Pflegeheim mehrere tausend Euro im Monat kosten kann“ (T-online, ebd.), wie Frau Weidenfeld ausführt.

Ja, wenn es diese „Fälle“ schon heute gibt, was sagt das dann über unser Sozialsystem? – Hier schweigt Frau Weidenfeld sich aus!

Der Schluss, die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens, würde die besonders Bedürftigen im Stich lassen, ist schlichtweg falsch und verdreht Ursache und Wirkung bewusst! Denn kein Mensch fordert die Abschaffung der Sozialstaatlichkeit unserer Gesellschaft! Es ist nämlich schlichtweg falsch, zu behaupten oder auch zu suggerieren, dass jedem Einzelnen bei Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens nur noch 1.200 Euro zur Verfügung stünden -mehr nicht. Und also ist der Schluss falsch, wenn Frau Weidenfeld in Bezug auf die oben angeführte Gruppe der besonders sozial Bedürftigen schließt:

„Diese Gruppen würden mit einem bedingungslosen Grundeinkommen viel schlechter gestellt als bisher.“ (T-online, ebd.)

Diffamierender kann man über eine fortschrittliche Idee nicht schreiben, zumal dann nicht, wenn man, wie Frau Weidenfeld, weiter oben auch gezeigt hat, dass das ‚bedingungslose Grundeinkommen‘ immerhin in 120 Fällen gemäß der Studie, nachweist, „was (...) [Menschen, J.V.] (...) mit dem Geld anfangen. Das wäre ein großer Fortschritt (...)“ (t-online, ebd.), sind Frau Weidenfelds‘ eigene Worte – einmal ernst genommen!

Freilich! Und sicher bleiben dann auch noch Fragen, die Frau Weidenfeld überhaupt nicht thematisiert. Dazu gehören auch völlig andere Formen der Besteuerung, die z.B. weg von einer individualisierten pro Kopfsteuer, je nach Höhe des personalisierten „Arbeitslohnes“ kommen - und,

wie u.a. auch Richard David Precht in seinem Buch: Jäger, Hirten, Kritiker, (München, 2018, 3. Aufl.) zeigt, neue Steuern EU-weit, oder besser noch weltweit, eingeführt werden sollten.

Angedacht werden vor allem die folgenden drei Steuern, die, wenn sie eingeführt wären, durch kleine, zu entrichtende Promille-Beträge, aber aufgrund ihrer anfallenden Menge und Häufigkeit, Milliarden Euro in die Staatshaushalte fließen ließen. – Und das, ohne dass Die Linke beispielsweise ihre liebevolle „Milliardärs-Steuer“ ins politische Kalkül gestellt hätte. (Was natürlich nicht heißt, dass ein Verzicht auf diese Steuer sinnvoll wäre)!

Man sollte also nicht nur wissen „worauf man sich einlässt“, wie Frau Weidenfeld meint, anmahnen zu müssen, sondern auch, „wohin“ man sich gesellschaftspolitisch eine Gestaltung der Zukunft vorstellt. - Wie soll eine humanere Gesellschaft, als es unsere heutige ist, zukünftig aussehen? „Humbug“ wäre hier keine wirtschaftspolitische Kategorie. Dafür aber das „Bedingungslose Grundeinkommen“ ein erster Anfang. Diese Idee trägt nach wie vor – auch und gerade wegen dieser journalistischen Diffamierungen eines nicht nur linken Konzepts.

Dr. Johannes Verbeek

(Mitglied in der LAG der Partei Die Linke in RLP zum BGE)

(25.08.20)